

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Thema Gesamtdeutschland unter neuen Vorzeichen  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094589>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Thema Gesamtdeutschland unter neuen Vorzeichen

Laszlo Revesz

Wird die Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands erneut zum europäischen Traktandum? Mit den sowjetischen Vorzeichen dieser Frage befasst sich hier Prof. Revesz.

Strategie und Taktik der Sowjetunion gegenüber Deutschland haben je nach Kontext im Laufe der Jahre manche Änderungen erfahren, aber eines wären sie in sowjetischen Augen immer: vorrangig. In der sowjetischen Europapolitik hatte Deutschland seit den zwanziger Jahren den zentralen Platz eingenommen.

Diese Einstellung zeigte sich denn auch zu Beginn des Zweiten Weltkrieges beim faktischen Bündnis mit Hitlerdeutschland. Aussenminister Molotow sagte damals vor dem Obersten Sowjet zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt: «Der 23. August 1939 ist als Datum von grosser historischer Bedeutung zu betrachten (...), ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und nicht nur Europas.» (W. M. Molotow: «Über die Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes», russisch, Moskau 1939.)

Stalin fühlte sich begrifflicherweise der nationalsozialistischen Diktatur mehr verbunden als den demokratischen Westmächten, und sogar nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR 1941 gab es auf sowjetischer Seite 1942 wieder Zeichen von Gesprächsbereitschaft mit den Naziführern zu registrieren. (Alexander Fischer: «Sowjetische Deutschlandpolitik im

Zweiten Weltkrieg 1941–1945», Stuttgart 1975, S. 38.)

## Moskau für «neutrales» Einheitsdeutschland

Nach dem Krieg befürworteten die Sowjets zunächst ein vereinigt Deutschland mit einem sowjetgeschützten Neutralitätsstatus.

Was man unter Neutralität in dieser Lesart zu verstehen hatte, formulierte die 1. Ausgabe der Grossen Sowjet-Enzyklopädie (Bd. 41, S. 487/488) so: «Der prinzipiell neue Charakter unserer Neutralitätsverträge kommt in erster Linie darin zum Ausdruck, dass sie dem Kampf gegen die Aggression untergeordnet sind. (...) Dementsprechend sind unsere Neutralitätsverträge mit der Aufgabe verbunden, diesen Staaten zu helfen, ihre Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Staaten zu festigen.» Neutralität mit sowjetischem Interventionsrecht also. (Wie später im Falle Afghanistans ...) In der Folge befürwortete auch der Warschauer Pakt (Deklaration 1956) die Förderung von neutralen Staaten, vorausgesetzt, sie gehörten dem bürgerlichen Lager an.

In jenen ersten Nachkriegsjahren warf die UdSSR den USA und Grossbritannien vor, sie wollten Deutschland als europäische Grossmacht auslöschen, es in machtlose Kleinstaaten zerstückeln und seiner Industrie berauben, ein Thema, das namentlich in den Äusserungen von Molotow immer wieder in Variationen aufklang.

Die UdSSR unterbreitete verschiedentlich Entwürfe zu einem «echten Friedensvertrag» mit Deutschland. Bei der Tagung der Aussenminister der Besatzungsmächte im Mai 1949 beantragte die Sowjetdelegation die Bildung eines gesamtdeutschen Staatsrates. Die tatsächliche Bildung der Bonner Regierung vermochte der sowjetische Vorschlag allerdings nicht zu verhindern; eine Moskauer Note vom 1. 10. 1949 verurteilte das als Verletzung der Potsdamer Beschlüsse.

Die UdSSR zog ihrerseits mit der Gründung der DDR nach, aber Marschall Tschukow, der Chef der sowjetischen Militärverwaltung, versicherte weiterhin, die Sowjetunion wolle dem

Fortsetzung auf Seite 10

## City Bank-Anlageplus

## 4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1984

### CITY BANK

Talstrasse 58,  
8021 Zürich,  
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.  
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.  
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. \_\_\_\_\_ (am ehesten um \_\_\_\_\_ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

Jeden Monat neu!



**Deutschland-Magazin**  
deckt auf, was andere

**verschweigen!**

- Deutschland-Magazin bietet die wichtigsten Beiträge zu den Grundsatzfragen der Deutschland-Politik und der Weltpolitik.
- Deutschland-Magazin dokumentiert, was andere Medien verschweigen, verfälschen oder unerträglich verstümmeln.
- Deutschland-Magazin ist die politische Monats-Zeitschrift, die Fakten, Hintergrund-Informationen und Argumente liefert.

Bitte fordern Sie Probehefte an! Kostenlos und völlig unverbindlich. Benutzen Sie bitte diesen Gutschein:

**Gutschein für drei kostenlose Probeexemplare**  
An Deutschland-Magazin  
Kampfenwandstraße 16 · 8210 Prien

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

## Deutschland

Fortsetzung von Seite 9

deutschen Volk helfen, die «gegenwärtig gestörte Einheit» wiederherzustellen (Erklärung vom 12. 12. 1949).

Das Genfer Gipfeltreffen der Siegermächte vom Juli 1953 brachte in der Deutschlandfrage totale Uneinigkeit, und die Direktiven vom 23. 7. 1953 bildeten das letzte von den vier Mächten unterzeichnete Dokument, das die Möglichkeit der Wiedervereinigung erwähnt.

### Die zweigeteilte Realität: nur eine Etappe?

Von da an machte Moskau klar, dass eine allfällige Wiedervereinigung nicht auf Kosten der

**«Unsere Neutralitätsverträge sind mit der Aufgabe verbunden, diesen Staaten zu helfen, ihre Unabhängigkeit gegenüber den imperialistischen Staaten zu festigen.»**

Errungenschaften gehen werde, zu denen es die DDR gebracht habe.

Zu einer rhetorischen Ausnahme von dieser Regel kam es Anfang 1955, als die Sowjetregierung versuchte, die Ratifizierung der Pariser Verträge über den Anschluss der Bundesrepublik an das Atlantische Bündnis zu verhindern. Nun sprach Moskau vorübergehend von den noch ungenutzten Möglichkeiten einer Wiedervereinigung und insbesondere von der Möglichkeit gesamtdeutscher freier Wahlen. Als die Westmächte aber konkret die Abhaltung von gesamtdeutschen Wahlen für 1956 vorschlugen, lehnte Molotow dies rundweg ab; bei den westlichen Vorschlägen gehe es um die Wiederherstellung eines imperialistischen Deutschlands.

Danach kam es zu einer graduellen Verhärtung der Beziehungen Moskau-Bonn. Erst 1963 sprach man im Kreml wieder von einer sogenannten «konstruktiven Deutschlandpolitik». Im Zusammenhang mit dem sowjetisch-ostdeutschen Vertrag vom 12. 6. 1954 betonte Chruschtschow, die Wiederherstellung der deutschen Einheit könne nur durch eine Verständigung «zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten» erreicht werden; einen Friedensvertrag mit einer späteren gesamtdeutschen Regierung schloss er dabei nicht aus.

Im Oktober 1964 wurde Chruschtschow gestürzt, und Breschnew suchte vorerst keine

neue Öffnung. 1970 schien dann das Thema der Wiedervereinigung, unter welchen Vorzeichen auch immer, endgültig aufs Eis gelegt, als die Bundesregierung unter Willy Brandt mit der Sowjetunion und mehreren osteuropäischen Staaten die sogenannten Ostverträge abschloss, durch die der territoriale Status quo in Europa anerkannt wurde mit der Hauptfolge, dass BRD und DDR einander als Staaten anerkannten.

Eine «atmosphärische» Veränderung brachte Breschnews Besuch in Bonn 1978. Die sowjetischen Politiker und Massenmedien änderten ihren Stil und wurden der BRD gegenüber, dem vorherigen Feindstaat, freundlicher. Man suchte Bonn dazu zu bringen, von sich aus eine möglichst «neutrale» Haltung mit möglichst grosser Distanz zu den USA einzunehmen.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte die Sowjetunion versucht, auf institutionellem Weg einen Gürtel neutraler Staaten «von der Nordsee bis zur Adria» zu schaffen (Note vom 10. 3. 1953). Danach überzeugte man sich in Moskau davon, dass Deutschland auf absehbare Zeit hinaus kein Teil dieses Gürtels sein werde. Nunmehr verzichtete man darauf, für Deutschland einen formellen Neutralitätsstatus zu verlangen, und förderte statt dessen die praktische Neutralisierungspolitik.

### Die stille Annäherung auf Kosten des Westens

Langfristig ist die sowjetische Deutschlandpolitik darauf angelegt, von der BRD aus ein erweitertes Glacis in Westeuropa überhaupt anzulegen und den gesamten westlichen Teil des Kontinents zu neutralisieren. Das gehört zur strategischen Zielsetzung, die westliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Verteidigung abzubauen.

Die Möglichkeit der Wiedervereinigung eines für neutral erklärten Deutschlands ist kein öffentliches Traktandum der Sowjetunion mehr, es sei denn in der Verneinung, aber in der Praxis ist es zu einer Annäherung zwischen der BRD und der DDR gekommen.

Hierzu einige Stimmen: Am 11. 4. 1984 schrieb Cordon A. Craig in der «International Herald Tribune», während sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA ständig verschlechterten, seien die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten «niemals besser» gewesen. Ziel der Annäherung sei die «Europäisierung Europas», der Rückzug der BRD und der DDR aus den Militärblocken, die Vereinigung durch Neutralisierung. (Natürlich denkt die Sowjetunion nicht daran, die DDR aus ihrem sozialistischen Lager und aus ihrer Obhut zu entlassen. Ungarn hatte 1956 die Neutralität erklärt und wurde bestraft; in der CSSR 1968 und in Polen 1981 griff die UdSSR direkt oder indirekt durch, schon lange bevor es zu einer Neutralitätsausrufung hätte kommen können.)

Raymond Aron schrieb: «Die Franzosen fürchten heute nicht mehr den deutschen Mil-



## Die repräsentative konservative Zeitschrift

Aufsätze und Kommentare aus allen Bereichen des Geisteslebens (Politik, Philosophie, Medien, Geschichte, Kultur, Militär)

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose Probenummer
- Ich abonniere CRITICON (Jahrespreis 57 DM)

Criticon Verlag,  
Knöbelstrasse 36, 8000 München 22

tarismus, sondern den deutschen Pazifismus. (...) Für den politisch nachdenkenden Franzosen ist es klar, dass heute der deutsche Pfeiler verwundbar geworden ist.» (Zitiert in «Aussenpolitik», Bonn, Nr. 2/1984).

«The Wall Street Journal» (18. 4. 1984) spricht vom Risiko einer «Swissification of Europe», verbunden mit Antiamerikanismus und Neutralisierungstrend.

Bemerkenswert sind die Ausführungen von Joseph Pozsgai («Landesreport Aktuell», Mannheim, Nr. 2/1984):

«Ein wiedervereinigtes Deutschland unter neutralem Status verspricht mehr Vorteile für die Russen (gemeint sind hier die sowjetischen Machthaber, ob Russen oder Nichtrussen; Anm.) als die Aufrechterhaltung der Teilung, zumal damit die westliche Allianz ihr zweitstärkstes Mitglied opfern müsste. Zu einem solchen Schritt könnte die innenpolitische Ent-

wicklung in der BRD in den letzten Jahren die Russen nur ermutigen.» Und Pozsgai fährt fort: «Wenn also in der BRD die antiamerikanische Welle nicht bald gestoppt wird, könnten die Amerikaner durchaus ein Interesse daran haben, im Einvernehmen mit den Sowjets bei gegenseitigem Truppenrückzug die Neutralisierung Deutschlands in Erwägung zu ziehen. Dies würde für die BRD die meisten Risiken beinhalten.»

Den Sowjets geht es zunächst darum, die strategische Einheit der westlichen Allianz zu brechen, und die Schwächung des Westens liegt weder im Interesse der Europäer noch der Amerikaner.

Als Folge des sowjetischen Neutralitätskonzeptes müsste Deutschland stufenweise das Opfer der sowjetischen Hegemonialpolitik werden. Wie sich die Sowjets «freie» Wahlen, demokratische Organisationen usw. vorstellen, lässt sich mit Lenins Worten charakterisieren: «Moralisch ist, was dem Kommunismus nützt und dem Gegner schadet. Bei Wahlen ist nicht die arithmetische, sondern die politische Mehrheit entscheidend.»

### Die wohlverstandene Polemik

Bei alledem ist, wie gesagt, die Wiedervereinigung Deutschlands kein sowjetoffizielles Thema. Wird es im Westen gar unter nicht-sowjetischen Vorzeichen diskutiert, verbittet man sich das im Sowjetlager ohnehin als revanchistisch und revisionistisch; allerdings braucht man die Begriffe auch sonst, wenn sich westdeutsche Politik nicht so verhält, wie es den sowjetischen Wünschen entspricht.

In letzter Zeit hat es sowohl in der sowjetischen als auch in der osteuropäischen (hauptsächlich tschechoslowakischen und polnischen) Presse etliche Angriffe auf eine angebliche «Revisionspolitik» Westdeutschlands gegeben. Die Wiederbelebung dieses Feindbildes von früher hängt nicht damit zusammen, dass Bonn irgendwelche Gebietsforderungen stellen würde, sondern damit, dass die Bundesregierung von der CDU/CSU gestellt wird. Dass deren Politik «zur Belebung revanchistischer Tendenzen und Konzepte führt» («Prawda», 18. 4. 1984), ist einfach ein Axiom.

Von Polen aus geht es sicher auch um Ablenkung mittels Verschreieung eines äusseren Feindes; und Solidaritätsäusserungen mit den Polen statt mit ihren sowjetisch eingesetzten Machthabern werden mit dem Vorwurf des «Revanchismus» beantwortet.

Die wichtigste aussenpolitische Zeitschrift der UdSSR, «Meschdunarodnaja schisn», hat in ihrer Mainummer 1984 sehr explizit gegen eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands Stellung bezogen. Man könne neulich Versuche zur Neubelebung revanchistischer Stimmungen beobachten; unter dem Vorwand der noch nicht gelösten deutschen Frage verlange man die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Neutralisierung des späteren vereinigten Deutschlands.

Weil das Wort «Wiedervereinigung» sich unter gegensätzlichen Vorzeichen gebrauchen lässt, kann es sich die sowjetoffizielle Politik nicht leisten, Missverständnissen in die falsche Richtung Vorschub zu leisten. Das hindert nicht, dass die Sowjetführung eine Annäherung der beiden deutschen Staaten unter Akzeptierung der sowjetischen Regeln gerne sieht, ebenso die Neutralisierungstendenzen in der Bundesrepublik im Sinne einer bloss westlichen Vorleistung.

### Kauf ohne Bezahlung

Der deutsche Autor Prof. Wolfgang Seifert hat in der «FAZ» (5. 6. 1984) geschrieben:

«Wenn Henry Kissinger kürzlich meinte, das gegenwärtige Ziel der Sowjetunion sei es, die BRD mit Hilfe der DDR aus der Nato zu locken, so mag dies insofern stimmen, als es der Sowjetunion natürlich lieber ist, das westliche Bündnis zu zerstören, ohne am eigenen Besitzstand manipulieren zu müssen. Wer bezahlt schon mit Gold, wenn es ein paar Münzen aus Kupfer oder Messing auch tun? Doch würde die UdSSR dies erreichen, wäre sie nur dem eigentlichen Ziel eines kommunistischen Gesamtdeutschlands ein grosses Stück nähergekommen.»

In diesem Sinne ist ein wiedervereinigtes Deutschland ein sowjetisches Ziel, das bloss nicht so genannt wird. ■

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise Inland**  
Jahresabonnement Fr. 39. –  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 25. –  
Einzelnummer Fr. 2. –

**Abonnementspreise Ausland**  
**Europa (A-Länder)**  
Jahresabonnement Fr. 44. –/DM 50. –  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 30. –/DM 34. –  
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2.80

Übriges Ausland (B + C-Länder/Luftpost) auf Anfrage